



---

---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

51. Sitzung (öffentlich)

8. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Karl Peter Brendel (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Stenograf: Thilo Rörtgen

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Aktuelle Viertelstunde</b>	<b>1</b>
<b><u>hier:</u> Videokontrolle von KFZ-Kennzeichen</b>	
Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Innenminister Dr. Fritz Behrens entgegen und führt darüber eine Aussprache.	
<b>2 16. Datenschutzbericht 2003 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen</b>	<b>4</b>
Vorlage 13/2000	
<u>Und:</u>	

**Stellungnahme der Landesregierung zum 16. Datenschutzbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 13/2332

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit entgegen und führt darüber eine Aussprache.

**3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG -**

12

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4611

Der Ausschuss stellt die Beratungen über den Gesetzentwurf zurück.

**4 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)**

12

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4586  
Zuschrift 13/3491

Einstimmig empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**5 Modellregion OWL fördern und unterstützen**

14

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4562

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Aus-

schuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Antrag der CDU-Fraktion für erledigt zu erklären.

- 6 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 15

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4692

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Gesetzentwurf bis zum Eingang der Voten der mitberatenden Ausschüsse sowie der angeforderten Stellungnahme durch die Kommunalen Spitzenverbände zu vertagen.

- 7 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3014

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Migrationsangelegenheiten, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abzulehnen.

- 8 Erziehung zu fundamentalistischem Islamismus in NRW verhindern** 18

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4594 - Neudruck

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**9 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 19**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4564

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratungen über den Gesetzentwurf zu vertagen.

**10 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen 20**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4616

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**11 Polizei neu aufstellen - Polizeireform jetzt 20**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4399

Vorlage 13/2470

Zuschrift 13/3475

- Vorbereitung einer öffentlichen Anhörung (keine Beratung)

Der Ausschuss verständigt sich auf Folgendes:

- Jede Fraktion kann bis zu zwei Sachverständige benennen. Daneben werden die drei Polizeigewerkschaften eingeladen.
- Das Thema der Anhörung ist der Antrag der FDP-Fraktion.
- Termin und Einzelheiten werden in einem Obleutegespräch vereinbart.

- 12 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen** 21

Vorlage 13/2491

Der Ausschuss wurde ordnungsgemäß gehört.

- 13 Weg vom Punktesystem - Neues Beurteilungssystem für die Polizei** 21  
- (Erfahrungs)Bericht des Innenministers

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 14 Vertrag mit der Firma TeleCash - BARVUS-Verfahren** 25  
- Bericht des Innenministers

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Thema einen schriftlichen Bericht des Innenministeriums entgegenzunehmen.

\*\*\*\*\*



Ausschuss für Innere Verwaltung  
und Verwaltungsstrukturreform  
51. Sitzung (öffentlich)

08.01.2004

rt-be

die Gefahr mittlerweile minimiert. Dennoch bleibt die grundsätzliche Frage, ob eine andere Aufgabenorganisation nicht sinnvoll ist.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag einstimmig, den 16. Datenschutzbericht 2003 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen - Vorlage 13/2000 - und die Stellungnahme der Landesregierung zum 16. Datenschutzbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen - Vorlage 13/2332 - zur Kenntnis zu nehmen.

**3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG -**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4611

**Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel** teilt mit, der Gesetzentwurf sei durch Landtagsbeschluss vom 11. Dezember 2003 auch an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Die kommunalen Spitzenverbände seien mit Datum vom 15. Dezember 2003 zur Stellungnahme aufgefordert worden. Diese und die Voten der mitberatenden Ausschüsse stünden noch aus.

Der **Ausschuss** kommt überein, die Beratung zu diesem Gesetzentwurf zu vertagen.

**4 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4586  
Zuschrift 13/3491

**Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel** teilt mit, dem Innenausschuss obliege die Mitberatung. Die Federführung liege beim Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dessen Beratung am 4. Februar 2004 abgeschlossen werden solle.

**Monika Düker (GRÜNE)** plädiert dafür, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. Die kommunalen Spitzenverbände seien zur Stellungnahme aufgefordert worden.